

„Gemeinsam stärker“ - Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen

Protokoll des 2. Treffens der Arbeitsgruppe Arbeit

Datum und Uhrzeit: 20. Juni 2016, 17:00-19:00 Uhr

Ort: Landratsamt Starnberg

Teilnehmer: 35

Angerbauer, Claus (Gemeinde Weißling)

Becherer, Stefan (Jobcenter Landkreis Starnberg)

Blage, Achim (Gehörlosenverband München und Umland e.V.)

Büttner, Friedrich (Fachbereichsleitung Sozialwesen)

Daniel, Vera

Distler-Hohenstatt, Peter (Teamleiter Persönliche SH)

Dlabac, Michaela (Schwerbehindertenvertretung Landratsamt Starnberg)

Fuchsenberger, Elisabeth (Kreisrätin, Inklusionsbeauftragte Berg)

Gasser, Dr. Oswald (Gemeinderat Seefeld)

Görg, Dr. Eckhard (Eltern-/Betreuerbeirat Isar-Würm-Lech-Werkstätten für behinderte Menschen)

Habesreiter, Ruth (Offene Behinderten Arbeit Bayerisches Rotes Kreuz)

Härthl, Alexander (Isar-Würm-Lech-Werkstätten für behinderte Menschen)

Hartl, Dr. Wolfgang (Jobcenter Starnberg)

John, Michael (Geschäftsführer BASIS-Institut)

Kranich, Bernd (Inklusionsverein Buntnebel)

Kranich, Susanne (Inklusionsverein Buntnebel)

Krott, Anna (Selbsthilfegruppe Gilchinger Ohrmuschel)

Luther, Friederike (Arbeitsagentur)

Meszaros, Doris (Koordination Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen)

Nicolaisen-März, Ute (Kreisrat, Gemeinderat Pöcking)

Obermeier, Brigitte

Ottmar, Martina (Inklusionsbeauftragte Gemeinde Gauting)

Paul-Master, Patricia (Arbeitsagentur)

Preß, Gudrun (IFD: Integrationsfachdienst)

Rannenberger, Laura (BASIS-Institut)

Richter, Franz (Gehörlosenverband München und Umland e.V.)

Seibold, Bärbel (Selbsthilfegruppe Vielfalt)

Seidl, Petra-Veronika (Behindertenbeauftragte Landkreis Starnberg)

Stephanskirchner, Kathrin (Dominikus Ringeisen Werk Breitbrunn)

Unger, Peter (Grüne, Kreisrat)

Wenisch, Angelika (Inklusionsbeauftragte Inning)

Wiedersperg, Sophie (Landratsamt Gleichstellungsstelle)

Wilfert, Bianca (Isar-Würm-Lech-Werkstätten für behinderte Menschen)

Wilfert, Thomas

Wunderle, Nico (Fachbereich Jugend und Sport)

Tagesordnung

1	Begrüßung durch Herrn Büttner	3
2	Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn John.....	3
3	Diskussion	3
4	Verabschiedung	8

1 Begrüßung durch Herrn Büttner

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßt Herr Büttner, Fachbereichsleiter Sozialwesen, die anwesenden Personen der Arbeitsgruppe Arbeit und bedankt sich für deren Interesse. Anschließend gibt er das Wort an Herrn John, Geschäftsführer des projektbegleitenden BASIS-Instituts, weiter.

2 Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn John

Herr John begrüßt die Teilnehmer des Workshops und reflektiert die Arbeit der letzten Sitzung. Er stellt das Vorgehen der heutigen Sitzung vor: Die auf Grundlage des letzten Protokolls vorformulierten Maßnahmen sollen besprochen und systematisch durch die Teilnehmer ergänzt werden. Bis zur nächsten Sitzung soll dann ein Entwurfstext von etwa 6-10 Seiten erarbeitet werden. Dieser Entwurfstext wird den Teilnehmern eine Woche vor der nächsten Sitzung zur Verfügung gestellt.

3 Diskussion

In der folgenden Diskussion können sich die TeilnehmerInnen jederzeit einbringen. Die Themenreihenfolge ist durch die an die Wand projizierten Maßnahmenformulierungen grob vorgegeben. Herr John, der das Gespräch moderiert, bittet darum, sich jeweils mit Namen und ggf. Funktion vorzustellen.

Herr John benennt die erste Maßnahme, die aus der ersten Arbeitsgruppensitzung abgeleitet wurde: „**Vernetzung der Schwerbehindertenvertreter**“. Er stellt die Frage in die Runde, wie diese Maßnahme realisiert werden kann und welche notwendigen Schritte festgeschrieben werden müssen.

Frau Preß (Integrationsfachdienst) fügt an, dass es bereits eine Vernetzungsmöglichkeit der Schwerbehindertenvertretungen über den Integrationsfachdienst, gibt. Diese Vernetzung existiert nicht speziell für Starnberg, aber dennoch sind einige Schwerbehindertenvertreter aus Starnberg bei den Treffen regelmäßig anwesend.

Frau Preß erklärt sich dazu bereit, bei Bedarf eine extra Tagung speziell für Schwerbehindertenvertretungen aus Starnberg zu machen. Zudem erklärt sie, dass das Integrationsamt Oberbayern eine Liste, auf welcher alle Schwerbehindertenvertretungen aufgelistet sind, besitzt.

Herr Blage (Gehörlosenverband München und Umland e.V.) berichtet, dass es in Starnberg immer noch viele kleine Firmen gibt, welche trotz verfügbarer freier Plätze keine Menschen mit Behinderungen einstellen. Dies gründet seiner Ansicht nach in Ängsten, beispielsweise bezüglich Regelungen mit der Deutschen Rentenversicherung. Er fordert, dass kleine Firmen Unterstützung von amtlicher Seite, zum Beispiel vom Landratsamt, erhalten. Firmen sollen über finanzielle Ausgleichs informiert und bei Antragstellungen beraten werden, sodass mögliche Wege aufgezeichnet werden.

Herr John merkt an, dass der Integrationsfachdienst bereits diese Arbeit leistet. Es sollte nicht eine neue Stelle aufgestellt, sondern vielmehr vorhandene Kompetenzen genutzt und neue Bündnisse geschaffen werden. Beispielsweise kann eine derartige Beratungsstelle bei der IHK angesiedelt werden, deren Aufgabe es ist Betriebe zu unterstützen.

Herr Blage entgegnet, dass seiner Erfahrung nach der Integrationsfachdienst nur tätig werden kann, wenn er beauftragt wurde. Wenn kleine Firmen keine umfassende Kenntnis haben, können sie folglich auch nichts beantragen. Deshalb könnte das Landratsamt eine Anlaufstelle werden, um Firmen Mut zu machen und Informationsdefizite zu beseitigen.

Frau Wiedersperg (Landratsamt Gleichstellungsstelle) schlägt vor, die Wirtschaftsförderung mit ins Boot zu holen, da das Landratsamt finanziell an der Wirtschaftsförderung beteiligt ist.

Frau Preß erläutert, dass der Integrationsfachdienst auch ohne speziellen Auftrag Betriebe berät und Schulungen anbietet. Allerdings stellt sich die Frage, wie Betriebe auf dieses Angebot aufmerksam gemacht werden können.

Herr Angerbauer (Gemeinderat Weißling) findet die Struktur einer übergeordneten Stelle, wie zum Beispiel dem Landratsamt, wichtig, um die Informationsweitergabe erfolgreich zu gestalten. Er fordert, dass man aktiv auf die Schwerbehindertenvertretungen von Firmen zugeht, da diese mehr Informationen und Kenntnisse über aktuelle Regelungen benötigen.

Frau Seidl (Behindertenbeauftragte Landkreis Starnberg) fordert den runden Tisch für Arbeit wieder zu aktivieren, da dort viele Akteure zusammengearbeitet haben. Es stellt

sich die Frage wer diese Treffen organisiert. Als mögliche Verantwortliche werden die Behindertenbeauftragte oder die gfw (Gesellschaft zur Förderung der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung im Landkreis Starnberg mbH) benannt. Herr John findet die Idee des runden Tisches gut. Allerdings kritisiert er, dass dort nur Fachleute und keine Menschen mit Einschränkungen vertreten sind. Seiner Ansicht nach braucht es offene Gremien, wie die Arbeitsgruppen des Aktionsplans, in denen sich auch Menschen mit Behinderungen mit ihren Belangen einbringen können. Auch Frau Seidl findet es wichtig über die Besetzung eines derartigen Gremiums nachzudenken. Ihrer Meinung nach sollen auch Menschen mit Behinderung Teil des runden Tisches werden.

Frau Seibold (Selbsthilfegruppe Vielfalt) wünscht sich eine zentrale Stelle am Landratsamt, welche zu allen Beteiligten gut vernetzt ist und an welcher Informationen erhältlich sind und auch umfassend weitergegeben werden. Informationen zum Thema Arbeit sind bisher an vielen einzelnen Stellen angesiedelt, die eine betroffene Person alle nacheinander abklappern muss. Sie fordert daher eine zentrale Stelle mit kompetenter Beratung, um weite Wege zu vermeiden, da dies für betroffene Personen eine enorme Hürde darstellt. Herr John stimmt ihr zu, dass es zahlreiche Beratungsstellen gibt. Allerdings benötigt auch eine zentrale Person, die am Landratsamt angesiedelt ist, eine Vernetzung, um eine tiefgreifende und kompetente Beratung anzubieten. Er schlägt deshalb drei Maßnahmen vor: Zunächst soll der runde Tisch für Arbeit wieder ins Leben gerufen werden. Zudem braucht es eine Vernetzung der Schwerbehindertenvertretungen und darüber hinaus eine zentrale Anlaufstelle im Landratsamt, an der Informationen gebündelt zusammentreffen und abrufbar sind.

Frau Seibold wünscht sich für die zentrale Stelle im Landratsamt einen kompetenten Mitarbeiter, welcher Termine zentral im Landratsamt anbietet und bei Bedarf auch weitere Ansprechpartner ins Landratsamt holt, sodass dem Menschen mit Behinderung weite Wege erspart werden.

Frau Seidl fragt bei Frau Preß nach, ob der Integrationsfachdienst auch Außensprechstunden anbietet. Diese antwortet, dass es zwar keinen festen Termin gibt, aber im individuellen Einzelfall immer nach Lösungen gesucht wird und beispielsweise Termine durchaus in Betrieben, aber auch bei Betroffenen zuhause durchgeführt werden.

Weiter erklärt Frau Seidl, dass sich Menschen mit Behinderung, welche sich noch in einer Ausbildung befinden, allgemeine Beratung bei der Arbeitssuche wünschen. Frau Preß entgegnet, dass hierfür die Agentur für Arbeit zuständig ist. Frau Paul-Master (Arbeitsagentur) erklärt, dass das Reha-Team dienstags und mittwochs in Starnberg

vor Ort ist. Zudem wird man als Arbeitssuchender auch schon im jungen Alter betreut. Zum Beispiel erläutert sie, dass sie ab der achten Klasse in Förderschulen gehen und dort beraten.

Herr John kritisiert die Regelung der 15 Stunden-Grenze, die der Lebenssituation von Menschen mit psychischen Einschränkungen nicht gerecht werden würde. Diese sind oftmals nicht in der Lage 15 Stunden zu arbeiten, würden aber dennoch gerne einer Berufstätigkeit nachgehen. Frau Paul-Master erläutert, dass nach einem medizinischen Gutachten eine Beratung erfolgt und für jeden Einzelfall Alternativen gesucht werden. Frau Krott (Selbsthilfegruppe Gilchinger Ohrmuschel) erklärt, dass man Menschen mit Hörbehinderungen ihre Einschränkung äußerlich nicht ansieht. Mithilfe von technischer Unterstützung können sie ihren Beruf genauso kompetent ausführen wie Menschen ohne Einschränkungen. Dennoch berichtet sie von Problemen am Arbeitsplatz, beispielsweise, dass schwerhörigen Menschen im Vergleich zu Menschen ohne Behinderung immer noch weniger Gehalt ausbezahlt wird.

Herr John fasst zusammen, dass es reichlich engagierte Fachleute im Landkreis gibt. Es braucht eine lokale Lösung, wie deren Wissen in die Fläche kommt und auch den Weg zu den betroffenen Personen findet. Abgrenzungen im Arbeitsrecht seien sehr schwer zu durchschauen, was oftmals zu einer Zersplitterung der Zuständigkeiten führt, welche für betroffene Personen schwer auszuhalten ist. Des Weiteren fügt er an, dass Schwerbehindertenvertretungen im Landkreis ihre Aufgabengebiete sehr unterschiedlich auffassen. Diese Bandbreite an Aufgabenbereichen sollte auf ein Level gebracht werden.

Frau Preß erklärt, dass Schwerbehindertenvertretungen in der Regel noch weitere Funktionen innehaben und in diesem Amt schon stark gefordert werden. Bei ehrenamtlichen Funktionen stellt sich grundsätzlich die Frage, wie viel man neben seiner eigentlichen Funktion noch leisten kann.

Frau Wiedersperg schlägt vor den Behindertenwegweiser des Landratsamtes zu überarbeiten. In ihn sollen mögliche Arbeits- oder Anlaufstellen eingefügt werden.

Eine weitere Maßnahme, die sich aus der ersten Arbeitsgruppensitzung entwickelt hat, lautet: **„Gebärdensprachdolmetscher im Jobcenter“**. Herr John wirft die Frage in den Raum, wie man es schafft Gebärdensprachdolmetscher einzusetzen.

Frau Krott erklärt, dass die Bereitstellung von Dolmetschern häufig an der Finanzierung scheitert. Sie fordert hierfür ein Budget.

Frau Paul-Master beschreibt, dass Dolmetscher beauftragt werden, wenn eine Person diesen Dienst benötigt. Allerdings ist in der Agentur für Arbeit keinen Dolmetscher standardmäßig angestellt.

Herr John fragt nach, ob auch kurzfristige Lösungen, wie beispielsweise VerbaVoice, vor Ort genutzt werden. Dies wird von der Agentur für Arbeit verneint. Herr Becherer vom Jobcenter beschreibt, dass es die Möglichkeit gibt einen Dolmetscher für Termine zu beantragen. Die Finanzierung erfolgt über das Vermittlungsgespräch. Dies gilt auch für Dolmetscher, die von den betroffenen Personen mitgebracht werden. Herr John erläutert, dass die Sicherstellung von Gebärdensprachdolmetschern bei allen Angeboten notwendig ist. Bei kurzfristigen Terminen können technische Möglichkeiten helfen. Ferner kann man sich an die Selbsthilfegruppen vor Ort wenden und bestehende Kontakte nutzen, um Lösungen zu finden.

Herr Blage beschreibt den Wiedereinstieg ins Berufsleben von gehörlosen Menschen, die eine lange Zeit krank waren, als sehr schwierig, da sich keine Anlaufstelle für diesen Personenkreis zuständig fühlt.

Frau Daniel erzählt, dass sie bereits seit einigen Jahren MS hat, aber dennoch gerne arbeiten würde. Arbeitgeber begegnen ihr mit Skepsis und nehmen sie nicht ernst. Beispielsweise berichtet sie, dass ein Arbeitgeber erklärte, er könne sie nicht einstellen, weil er nicht wisse, wann sie denn krank werden könne. Sie entgegnete ihm, dass er auch nicht wisse, wann er wieder krank werden würde. Dennoch verletzt sie diese Haltung sehr. Herr John kann sie verstehen und beschreibt, dass generelles Ziel des Aktionsplans ist, dass die Gesellschaft dafür sensibilisiert wird, dass es nicht den genormten Menschen gibt, der zu jeder Zeit dieselbe Kompetenz abrufen kann.

Herr Unger findet es unerträglich, dass Menschen mit Behinderung immer als Bittsteller auftreten müssen. Er fordert, dass der Betrag der Ausgleichsabgabe dringend erhöht werden muss, sodass mehr Arbeitgeber Menschen mit Behinderung einstellen. Dieser Gesichtspunkt findet viel Zustimmung im Plenum.

Auch Herr Angerbauer stimmt ihm zu und sieht noch viel Handlungsbedarf in der Geisteshaltung von Arbeitgebern, welche Arbeitnehmer stets dazu auffordern, 110% geben. Leistung darf nicht mehr als alleiniges Ziel betrachtet werden, sondern Dinge müssen im Sinne der Fürsorgepflicht aller Arbeitgeber grundlegend umstrukturiert werden. Um Arbeitgeber dazu zu bringen, sich nicht nur vom Leistungsgedanken leiten zu lassen, sollen sie positive Umsetzungsmöglichkeiten anderer Betriebe ansehen.

Herr John wirft die Frage in den Raum wer die Arbeitgeber daran erinnert und zu diesem Perspektivenwechsel aufruft. Der Leistungsgedanke darf nicht mehr

ausschließlich einer monetären Bewertung unterliegen, sondern vielmehr soll dafür geworben werden, was Teilhabe bedeutet.

Herr Blage erläutert, dass man erst ab sechs Monaten in einem Arbeitnehmerverhältnis technische Hilfen gewährleistet werden. Er fordert eine Veränderung der sechs Monats-Grenze auf der Bundes-Ebene.

Frau Fuchsenberger zeigt auf, dass auch Behörden und Verwaltungen die Quote erfüllen müssen und fordert, dass das Landratsamt als gutes Beispiel vorangeht.

Frau Krott berichtet von guten Erfahrungen am Arbeitsplatz, indem sie ihre Kollegen direkt angesprochen und ihre Einschränkung offen thematisiert hat.

Herr John zeigt eine weitere Maßnahme auf: **„Inklusion in Unternehmen vorantreiben“**.

Aus den vorausgegangenen Diskussionen fasst er zusammen, dass mögliche Beteiligte dieser Maßnahme eine zentrale Anlaufstelle im Landratsamt, die Schwerbehindertenvertretungen sowie der runde Tisch sein können. Er fragt, ob sich die Teilnehmer der Arbeitsgruppe weitere Verantwortliche für die Umsetzung dieser Maßnahme vorstellen können.

Frau Preß erklärt, dass öffentliche Arbeitgeber, wie zum Beispiel die Kommunen oder der Landkreis, als positive Beispiele vorangehen sollen, indem sie verstärkt Praktika für Menschen mit Behinderung anbieten. Zudem erklärt sie, dass Firmen die Möglichkeit haben, einen Antrag auf Minderleistungsausgleich zu stellen. Der Minderleistungszuschuss ist befristet, regelmäßig wird der Anspruch geprüft.

Frau Wilfert berichtet, dass sie bereits ein Praktikum in einer Firma absolvierte und danach den Wunsch äußerte, dort zu arbeiten. Die Firma erteilte ihr eine Absage und begründete dies durch zu wenig vorhandene Arbeit. Frau Wilfert meint, dass Betriebe im Landkreis noch nicht so weit in ihrem Denken sind. Ihrer Meinung nach sollten Firmen öfter Behindertenwerkstätten besuchen, um zu sehen, dass Menschen mit Behinderung dort sehr wohl hart und viel arbeiten können.

Herr Wunderle beschreibt, dass das Landratsamt Starnberg als positives Beispiel vorangeht. Er selbst absolviert dort aktuell im Rahmen seines Studiums ein Praktikum.

Herr John schlussfolgert, dass einiges dafürspricht, dass es einen dritten Arbeitsmarkt braucht. Dies ist aber eine Forderung an die Bundespolitik und kann nicht im Kontext des Aktionsplans umgesetzt werden.

Eine weitere Maßnahme: **„Inklusion in Unternehmen vorantreiben – Öffentlichkeitsarbeit“** wird vorgetragen. Es wird vorgeschlagen, einen Förderpreis für Firmen auszuschreiben.

Frau Wiedersperg berichtet, dass die gfw bereits solche Preise auslobt. Dieses Jahr liegt der Schwerpunkt der Förderungen auf familienfreundlichen Betrieben. Man könnte der gfw vorschlagen, in einem anderen Jahr den Aspekt der Inklusion in Betrieben zu bearbeiten. Frau Fuchsenberger entgegnet, dass für die Inklusion kein Sonderstatus geschaffen werden sollte, vielmehr soll es grundlegend in die gfw integriert werden. Herr Härthl (IWL) ergänzt, dass sie die IWL bereits mit einigen Kooperationsunternehmen bewirbt.

Herr Angerbauer erklärt, dass der Landkreis Fürstenfeldbruck für seine hohe Mitarbeiteranzahl von Menschen mit Behinderungen ausgezeichnet wurde. Diese Auszeichnung ist ein guter Weg und zudem öffentlich sehr wirksam.

Frau Seibold findet Preise für Unternehmen gut und schön. Dennoch kritisiert sie, dass die Einstellung von Menschen mit Behinderung bereits in der UN-Behindertenrechtskonvention gefordert wurde und man diese unterzeichnet habe. Die Monitoring-Stelle erklärt zudem, dass gesonderte Stellen für Menschen mit Behinderung am Arbeitsplatz abzuschaffen sind. Diese Rechte müssen eingehalten werden und nicht Firmen dafür belohnt werden, dass sie die Forderungen umsetzen. Auch Herr Unger fordert, dass für Selbstverständlichkeiten und gesetzliche Verpflichtungen keine Preise verliehen werden sollten. Er fordert die Maßnahme: Arbeitgeber sollen Gesetze beachten. Frau Seibold wünscht sich die Maßnahme: Ausgleichsabgaben der Betriebe müssen erhöht werden. Nur so können Sonderstrukturen abgeschafft werden, ansonsten bleiben Menschen mit Behinderung in separierten Werkstätten gefangen.

Frau Fuchsenberger fordert, dass Preise nicht zu Alibi-Veranstaltungen führen sollen. Allerdings vermitteln sie, ihrer Ansicht nach, Wertschätzung.

Frau Wilfert findet Inklusion toll, wenn Firmen allerdings nicht mitziehen, ist es gut, dass es die Werkstätten gibt, da Menschen mit Behinderung ansonsten nur daheim sitzen könnten.

Über die Frage der Preisverleihung soll in der nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe entschieden werden.

Des Weiteren wird über die Ausgestaltung der Maßnahme: **„Abbau bürokratischer Hürden bei Antragstellungen“** gesprochen. Herr John erklärt, dass Antragstellungen ein

höchst komplexer Vorgang sind. Er stellt die Frage wie diese Verfahren verständlicher gemacht und beispielsweise für Menschen mit kognitiven Einschränkungen erleichtert werden können.

Ein Vertreter der Agentur für Arbeit beschreibt, dass Anträge vorgegeben sind und sie nichts an der Form der Bescheide ändern dürfen. Allerdings hilft das Personal bei Antragstellungen. Ein Vertreter des Jobcenters fügt hinzu, dass der rechtliche Spielraum in diesem Bereich sehr eingeschränkt ist. Sie versuchen durch mündliche Erklärungen und bürgernahe Sprache soweit wie möglich den Betroffenen entgegen zu kommen.

Herr John schlägt vor, zu den rechtsfähigen Anträgen Erläuterungen in Leichter Sprache hinzuzugeben, die den Antrag erläutern sowie Hilfestellungen beim Ausfüllen geben können.

Frau Habesreiter merkt an, dass man auch ohne kognitive Einschränkungen bereits viele Probleme mit dem Verstehen und Ausfüllen von Anträgen und Bescheiden hat.

Herr Unger schlägt vor, Behörden zu bitten lesbare Formulare zu entwickeln. Ein Vertreter der Agentur für Arbeit entgegnet, dass die Anträge bundesweit bereitgestellt werden und nicht von einzelnen Behörden geändert werden können.

Frau Preß verweist auf den Sozialverband VdK, welcher hervorragende Arbeit leistet und Menschen dabei unterstützt Bescheide zu verstehen.

Frau Kranich (Inklusionsverein Buntnebel) berichtet von ihrem inklusiven Reitverein. Sie wollten eine Reithalle bauen und bekamen keine Genehmigung, da sie nicht die Mindestanzahl an Pferden aufweisen konnten und ihr Vorhaben somit nicht wirtschaftlich genug war. Hier scheiterte es nicht an dem Willen der Beteiligten, sondern an Gesetzen. Sie fragt sich: Wer steht im Mittelpunkt: Der Mensch oder das Baurecht?

Frau Krott ermuntert sie und erklärt ihr, dass man auf seinem Weg nie aufgeben darf. Man muss oft Umwege bestreiten und sich an alle denkbaren Zuständigkeiten wenden. Beispielsweise sind Selbsthilfegruppen oder andere Vereine sehr hilfreich.

Letztlich wird die Maßnahme: **„Werkstätten für Menschen mit Behinderung zentraler bauen“** diskutiert. Herr John erläutert, dass eine inklusive Gesellschaft keine Werkstätten mehr bräuchte. Allerdings gilt es in dem langwierigen Inklusionsprozess Nischen zu schaffen, um diese Entwicklung voranzubringen. Er fragt die Teilnehmer der Arbeitsgruppe nach konkreten Vorschlägen und Ideen diesbezüglich.

Frau Seibold fordert, die Arbeitgeber vor Ort ins Boot zu holen und durch Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit den Prozess zu beschleunigen. Bereits in Kindertageseinrichtungen und Schulen müssen Sonderstrukturen abgebaut werden. Darüber hinaus erklärt sie erneut, dass Ausgleichsabgaben erhöht werden müssen, sodass Menschen mit Behinderung überhaupt die Möglichkeit eröffnet wird zu Vorstellungsgesprächen eingeladen zu werden.

Frau Wiedersperg berichtet von der Ausstellung der IWL, welche derzeit im Landratsamt zu sehen ist. Dies zeigt die gute Vernetzung und Zusammenarbeit. Sie erklärt, dass man in der jetzigen Gesellschaft noch nicht auf die Werkstätten verzichten kann und betont die Notwendigkeit einer Mehrgleisigkeit von Optionen. Frau Seibold kritisiert, dass die Gesellschaft sich nicht ändern wird, solange Sonderstrukturen bestehen. Darüber hinaus lässt sich die Mehrgleisigkeit nicht langfristig finanzieren. Sie fordert, dass Werkstätten sich öffnen und Außenarbeitsplätze schaffen. Sie weiß, dass Bereiche in Werkstätten für Firmen mit Ausgleichsabgabe geschaffen werden. Sie fragt sich, warum das nicht auch innerhalb der Unternehmen realisiert werden kann.

Herr Unger beschreibt das langwierige Ziel, dass Menschen mit und ohne Einschränkungen gemeinsam leben und arbeiten sollen.

Frau Fuchsenberger fügt hinzu, dass diese Sonderstrukturen eine lange Zeit geschaffen wurden. Es braucht erneut eine lange Zeit, bis diese wieder abgeschafft werden, allerdings ist dieser Prozess bereits im vollen Gange. Bis Sonderstrukturen gänzlich abgebaut werden können, braucht es ihrer Meinung nach spezielle Fördereinrichtungen, eventuell braucht es diese kleinen Nischen auch weiterhin.

Herr Härthl erläutert, dass die IWL grundsätzlich allen Betrieben die Möglichkeit anbietet in ihren Räumen oder in Räumen der Werkstatt Arbeitsplätze zu errichten. Hier entscheiden die Unternehmen.

Frau Stephanskirchner (Dominikus Ringeisen Werk Breitbrunn) benennt die Zielgruppe von Menschen mit kognitiven Einschränkungen. Diese wird allzu oft vergessen, allerdings möchten auch diese Menschen einer Beschäftigung nachgehen und etwas Sinnvolles für die Gesellschaft beitragen. Es braucht ein gewisses Maß an Kreativität, um einen Platz für diese Menschen zu schaffen. Inklusion fängt hier bei jedem Menschen im Kopf an. Hier ist ihres Erachtens dringend Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung von Nöten, denn nur, wenn jemand selbst davon überzeugt ist, dass Inklusion notwendig ist, wird er selbst etwas ändern.

4 Verabschiedung

Herr John beschließt die Runde und bedankt sich für die Anwesenheit und Mitarbeit der Beteiligten. Er erläutert, dass die nun gemachten Vorschläge in einem Text ausformuliert werden und man diesen beim nächsten Mal durchsehen werde.

Frau Meszaros schließt ihren Dank an, bedankt sich ebenfalls bei Herr John und seinem Team für die Unterstützung sowie bei den Gebärdensprachdolmetscherinnen und macht auf die nächste Sitzung aufmerksam.

Für das Protokoll

Laura Rannenberg

Michael John

(BASIS-Institut)